

lassen zu müssen. Aber ich habe drei Kinder geboren. Ich möchte Sie fragen, ob Sie nicht meiner Auffassung sind, daß man aus ethischen und moralischen Gründen zwischen ungeborenem und geborenem Leben unterscheiden sollte?

(Nein-Rufe bei CDU/DA)

Frau Landgraf (DSU):

Wann beginnt nach Ihrer Meinung das Leben? - Ich habe es dargestellt: Mit der Eizelle ist alles vorprogrammiert. Und dort geht es schon los.

(Zuruf: Onanie ist auch Mord! - Heiterkeit bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne - Beifall)

Und bei mir beginnt das Leben von Anfang an.

(Heiterkeit)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich möchte die Abgeordneten doch bitten, die Würde des Hauses zu wahren.

(Beifall)

Bitte, Frau Barbe.

Frau Barbe (SPD):

Frau Landgraf, ich frage Sie: Unser gemeinsames Ziel ist doch, die Abbruchraten so gering wie möglich zu halten. Stimmen Sie mir zu, daß Sie das auf einem anderen Weg versuchen als wir? Sie wollen die Frau damit kriminalisieren, wir wollen es nicht. Das ist der einzige Unterschied.

(Beifall bei SPD, PDS und bei Bündnis 90/Grüne)

Frau Landgraf (DSU)

Ich möchte die Frau nicht diskriminieren.

(Beifall bei CDU/DA)

Es tut mir leid, Ihre Meinung kann ich nicht vertreten. Ich habe hier meine Meinung zu bedenken gegeben und niemanden diskriminiert.

(Zurufe: Sie sprachen von Mord!)

Es ist ja auch Mord und bleibt Mord. Ich vertrete meine Position. Ich war fair und habe mir auch Ihre Position angehört.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Frau Abgeordnete, das waren die ersten drei Fragen. Gestatten Sie noch drei weitere Fragen?

Frau Dr. Lucyga (SPD):

Frau Abgeordnete, Sie sprachen vom Konflikt der Frauenärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, zum Teil gegen ihre Ethik. Sprechen Sie eigentlich auch vom Konflikt der Frauenärzte, denen Frauen auf dem Operationstisch verblutet sind, weil sie sich einer unsachgemäßen Behandlung unterziehen mußten?

(Beifall bei SPD, PDS und bei Bündnis 90/Grüne)

Frau Landgraf (DSU):

Auf diese Frage gebe ich keine Antwort.

Frau Dr. Fischer (PDS):

Ich habe eine ganz andere Sache, die aber für mich unmittelbar damit zusammenhängt. Welche Einstellung haben Sie dazu: Jede zweite Sekunde stirbt ein Kind in der Welt. Es sterben täglich 40 000 Kinder. Ich will von Ihnen wissen, was sie tun wollen, um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung herbeizuführen, damit dieses geborene Leben geschützt wird?

Frau Landgraf (DSU):

Das hat mit dem Thema, das im Moment auf der Tagesordnung ist, nichts zu tun. Das ist meine Position als Vertreterin der DSU zur Fristenregelung. Wenn Sie eine andere haben, akzeptiere ich das, aber Sie müssen meine Meinung genauso akzeptieren.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Eine letzte Frage noch von der SPD.

Dr. Eimer (SPD):

Frau Abgeordnete! Als Politikerin sind Sie nicht nur für da verantwortlich, was Sie wollen, nämlich die Senkung der Zahl—! der Abtreibungen, sondern für das, was faktisch aus Ihrem Handeln, Ihren Beschlüssen heraus passiert. Wenn Sie den §218 bei uns wieder einführen, wird nach aller Voraussicht

(Dr. Bergmann-Pohl: Bitte die Frage stellen)

nach der Statistik die Abtreibungsrate wieder! eigen. Sie ist faktisch gesunken durch die Freigabe der Abtreibungen. Das können Sie statistisch nachprüfen.

(Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, die Frage zu stellen.)

Übernehmen Sie die Verantwortung dafür, daß die Rate wieder steigen könnte durch die Einführung des § 218?

Frau Landgraf (DSU):

Ich habe nicht für den § 218 gesprochen, sondern ich habe meine Meinung hier über unsere Fristenregelung dargelegt, um das Gesetz zu bearbeiten und nichts anderes, und das war heute Diskussionsgrundlage.

(Beifall bei DSU und CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe von der Fraktion der Liberalen den Abgeordneten Wöstenberg auf.

Dr. Wöstenberg für die Fraktion Die Liberalen:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der zügig voranschreitenden Rechtsangleichung beider deutscher Staaten als Voraussetzung für die Herstellung der deutschen Einheit hat sich die Diskussion zunehmend auf die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch gerichtet, obwohl sich dieses Thema nicht für parteipolitische Profilierung eignet,

(Beifall)

denn hier wird deutlich, wie sehr jeder seinem Gewissen verpflichtet ist und wie er es mit der Toleranz gegenüber Andersdenkenden hält. In dem in der DDR geltenden Gesetz, das 1972